

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Graf. St. Joch. Kofflerant, Dr. Gerber- u. Breitestr.-Ede, W. Meißel, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur: J. Gachfeld in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Ad. Hoffe, Saatenstein & Fogler A.-G., G. L. Danke & Co., Invalidenten.

Verantwortlich für den Inseratenteil: J. Klugkist in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

# Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 698

Donnerstag, 5. Oktober.

1893

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, am Sonntag, Montag und Freitag folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Preussischland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die höchstspätestens Freitag vor dem Termin der Morgenausgabe 20 Uhr, auf der letzten Seite 20 Uhr, in der Mittagsausgabe 25 Uhr, an Postagentur Stelle entsprechend früher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

## Sozialpolitische Rundschau.

(Anfang Oktober.)

Die Verhältnisse haben in den letzten Jahren dazu gezwungen, neue Steuererlasse weit mehr als früher nicht nur unter einem rein finanziellen Gesichtswinkel zu betrachten, sondern auch ihre sozialpolitische Wirkung reiflich zu erwägen. In sehr lebhafter Weise geschieht dieses gegenwärtig besonders bei den Vorschlägen der Reichsregierung zur Einführung einer Tabakfabriksteuer. Man befürchtet, daß diese Steuer namentlich die billigen Erzeugnisse des Tabakgewerbes belasten und dadurch den Massenkonsum herabdrücken wird. Eine Beschränkung des Verbrauchs und damit eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit würde die Folge sein, wenn jene Befürchtung zutrifft. Es muß zugegeben werden, daß eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit gerade gegenwärtig, wo viele Tausende arbeitslos sind, ihre ersten Bedenken hat. Die Fortschritte der Maschinenteknik machen täglich neue Arbeitskräfte überflüssig, die in glänzenden Geschäftsjahren wohl für die Periode der drängendsten Aufträge wieder Arbeit finden, nach dieser Zeit aber wieder beschäftigungslos sind. Aus diesem Grunde ist in den letzten Jahren selbst im Sommer die Zahl der Arbeitslosen verhältnismäßig sehr groß gewesen. Ein Teil dieser Bedauernswerthen findet jedoch regelmäßig ein Unterkommen in solchen Berufen, die nicht allzuschwer zu erlernen sind und in denen Maschinen noch nicht zur Verwendung gelangen. Zu diesen Erwerbszweigen gehört vornehmlich die Zigarren- und Zigarettenfabrikation. Findet eine so starke Belastung dieser Industrie statt, daß jene im Preise der fertigen Waare erheblich zum Ausdruck kommen muß, so wird man durch die Beschränkung des Verbrauchs nicht nur eine Verringerung der gegenwärtig in der Zigarrenfabrikation beschäftigten Arbeiter bewirken, sondern auch verhindern, daß diese Industrie der Zufluchtsort zahlreicher Personen ist, die in anderen Berufen arbeitslos wurden. Die Zahl der kleinen, selbständigen Zigarrenmacher, die diesen Beruf, ohne ihn ursprünglich erlernt zu haben, als Nothanker ergriffen oder ihn wenigstens als Nebenberwerb treiben, ist bekanntlich sehr groß. Bei der Verabredung der Fabriksteuer im Reichstage werden die Gegner derselben die hier berührten Bedenken jedenfalls sehr nachdrücklich betonen. Ganz besonders lebhaft scheint die gewerbfleißige Bevölkerung Sachsens, wo die Zigarrenfabrikation unter allen deutschen Staaten am meisten verbreitet ist, über die drohende Beunruhigung ihres Erwerbslebens erregt zu sein. In Freiberg und Umgegend, wo der Erzbergbau darniederliegt, haben Tausende von früheren Bergleuten eine Zuflucht in der Zigarrenindustrie gefunden. In anderen Gegenden sind zahlreiche nothleidende Weber, Wirker und Tuchmacher zur Tabakindustrie übergegangen. Man befürchtet, daß in allen diesen Orten, namentlich aber in Dresden und Leipzig, wo besonders feine Zigarren und Zigaretten angefertigt werden, viele Tausende der Unsicherheit preisgegeben und in die Reihen der Unzufriedenen und sozialdemokratisch Gesinnten geradezu hineingedrängt werden. Es wird verlangt, daß einer der wenigen noch blühenden Erwerbszweige, in denen Deutschland alle Länder der Welt übertrifft, eher gescheitert, als zu einem Finanzexperiment auszuarten werde.

Eine ausgesprochene Gegnerschaft finden ferner noch immer die bekannten Vorschläge der preussischen Regierung zur Organisation des Handwerks. Dieselben werden nicht nur in der den Innungen nahestehenden selbständigen Handwerkererschaft durchweg abfällig beurtheilt, sondern in den letzten Wochen haben auch die politischen Parteien ihre gegnerischen Anschauungen scharf zum Ausdruck gebracht. Auch der langjährige Führer der Innungs-Handwerker, Hofrath Ackermann, hat sich in einer konservativen Versammlung in Dresden entschieden gegen jene preussischen Vorschläge ausgesprochen.

Mehr befriedigend dagegen die Ergebnisse der kürzlich in Berlin abgehaltenen Konferenz, welche berufen war, die Sonntagsruhe im Berg-, Hütten- und Salinenwesen zu regeln. In Uebereinstimmung mit den an der Konferenz theilnehmenden Arbeitern wurde die Sonntagsruhe für Einzelsonntage auf 24, bei Doppelsonntagen auf 36 Stunden festgesetzt. Daß die Arbeiter in der Konferenz nicht für eine längere Ruhezeit eingetreten sind, wird ihnen von der radikalen Arbeiterschaft sehr verübelt. Man wünscht in dieser letzteren, daß zu derartigen Beratungen auch die gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter herangezogen werden. Wenn man ernstlich Verbesserung und Ausgleich mit den Arbeitern sucht, so läßt sich ein derartiger Wunsch nicht ohne weiteres von der Hand weisen. Doch kann man verlangen, daß gewerkschaftliche Arbeiterverbände, die zu derartigen Beratungen herangezogen werden, nicht völlig unter dem Einfluß einer einseitigen und radikal zeretzenden Partei-

politik stehen, sondern daß so viel Maß und Sammlung in ihnen herrscht, um ein ersprießliches Zusammenarbeiten mit ihnen nicht von vornherein als aussichtslos erscheinen zu lassen. Vor allem haben auch die Arbeiter ihr Mißtrauen zu den bestehenden Gewalten auf einen erträglichen und vernünftigen Grad zurückzuführen. Dieses leider oft genug durch radikale Politiker und durch nicht kluge Maßregeln ihrer Gegner genährte Mißtrauen hat auch wesentlich mit dazu beigetragen, daß der Plan scheiterte, durch die Berufsgenossenschaften eine Arbeitsvermittlung für solche Arbeiter einzurichten, die durch Betriebsunfälle invalid wurden. Wie auf dem kürzlich in Stuttgart abgehaltenen siebenten Berufsgenossenschaftstage erörtert wurde, ist heute an die Durchführbarkeit jenes Planes nicht mehr zu denken. Derselbe stößt bei den Arbeitern selbst auf Widerstand. Sie sind leicht geneigt, zu glauben, daß die Arbeitsvermittlung durch die Berufsgenossenschaften eine Herabsetzung der Rente bezweckt.

Die Bekämpfung dieses verhängnisvollen Mißtrauens der Arbeiter durch Reformen und Aufklärung ist eine der wichtigsten Aufgaben der heutigen Sozialpolitik. Ganz gewiß können auf diesem Gebiet auch die evangelischen Arbeitervereine eine sehr segensreich wirken, wenn sie ihre Aufgabe nicht mißverstehen. In dieser Beziehung ist die Anschauung bemerkenswerth, die sich vor einigen Tagen auf der in Dresden abgehaltenen siebenten allgemeinen lutherischen Konferenz geltend verschaffte. Dieselbe stimmte einem geistlichen Redner bei, nach dessen Ueberzeugung die evangelischen Arbeitervereine nur dann eine Zukunft haben und das Vertrauen größerer Arbeitermassen gewinnen werden, wenn sie sich mehr und mehr zur Vertretung der Arbeiterinteressen herausbilden. Bei derartigen Interessenvertretung ist namentlich den evangelischen Arbeitervereinen eine ruhige Auffassung der Verhältnisse zur sittlichen Pflicht zu machen. Sie vor allem haben sich von einseitigem Aburtheilen und einem sozialpolitischen Irrethum fernzuhalten. Sehr richtig hat man daher auf der genannten Konferenz die Leitung der evangelischen Arbeitervereine als eine sehr verantwortungsvolle bezeichnet, die auf die Dauer nur durch mit Fachkenntnissen versehene Personen ausgeübt werden könne.

Sehr zu begrüßen ist es, daß der preussische Kultusminister in letzter Zeit wiederholt Verordnungen zur besseren Pflege der Volks- und Turnspiele in den Schulen erlassen hat. Die Leiter der Schulen sind mit Weisungen zur Förderung derartiger Spiele versehen. Körperstärkende Jugendspiele können heute nicht genug empfohlen werden, ist es doch selbstverständlich, daß leibliche und geistige Gesundheit die Grundlage der Volkswohlfahrt bildet. Noch eine andere Maßregel aus dem preussischen Schulwesen ist bemerkenswerth. Die Kreisinspektoren stellen gegenwärtig Ermittlungen darüber an, ob Schulkinder vorhanden sind, die Mittags in den Schulräumen verbleiben und ohne ein warmes Mittagessen erhalten zu haben, an dem Nachmittagsunterricht wieder theilnehmen. Diese Kinder sollen unter Umständen gespeist werden, wie das bereits in einzelnen deutschen Städten und im großen Umfange in Paris geschieht.

Die Verbitterung gegen die fremden Arbeiter ist in einzelnen Gegenden Frankreichs noch immer nicht einer veröhnlichen Stimmung gewichen. So haben jüngst die Maurergesellen von Nancy an die französische Regierung eine Bittschrift gerichtet, die wünscht, daß die fremden Arbeiter mit einer besonderen Steuer belegt werden und ihre Zahl nicht mehr als den zehnten Theil der französischen Arbeiter betragen darf. In einigen Kantonen der Schweiz dauert die Bewegung zu Gunsten einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit fort. Es ist bemerkenswerth, daß grobe Vergehen, Theilnahme an einem Streik oder muthwillige Kündigung den Verlust aller Rechte an die Kasse zur Folge haben sollen. Wenn hier nicht eine Beschränkung getroffen wird, dann dürfte sich die Mehrheit der schweizerischen Arbeiter an jener Versicherung kaum beteiligen. In England hat der Kongreß der Gewerkschaften im September mit 137 gegen 97 Stimmen beschlossen, nur solche Parlamentskandidaten mit Geld zu unterstützen, die sich verpflichten, das Prinzip des Kollektivethums und die Kontrolle über sämtliche Produktions- und Distributionsmittel zu fördern. Dieser Beschluß zeigt sehr deutlich, wie weit in den englischen Gewerkschaften sozialdemokratischer Einfluß bereits herrschend geworden ist.

## Zur Landtagswahl.

Auf den 31. Oktober stehen in Preußen die Urwahlen, auf den 7. November die Abgeordnetenwahlen für den Landtag an. Von einer Wahlbewegung reden, hieße den Spott herausfordern, der sich nicht mit Unrecht auf die Hyperbeln zu werfen pflegt; wie könnte auch eine Bewegung entstehen bei einem Wahlsystem, das die große Mehrheit der Wähler machtlos und rechtlos macht, bei

einem Wahlverfahren, das zur Abschreckung erlassen zu sein scheint? So war es stets und so wird's bleiben, nur wird man sich von Wahl zu Wahl des „Glücks“, das in diesem System liegt und das man jetzt noch gefeigert hat, um so mehr bewußt werden, je näher die Termine der Wahlen zum Reichstag und zum preussischen Abgeordnetenhaus zusammenliegen. Der Gegensatz thut hier seine Wirkung und die Bedeutung für die Landtagswahl steigende Apathie, die am stärksten in der dritten Abtheilung hervortritt.

Wenn man bedenkt, daß diese Abtheilung 88-90 Prozent aller Wähler umfaßt, deren Votum schon durch die 6 bis 8 Prozent Wähler der zweiten Klasse paralytisch werden kann, so wird Niemand darüber staunen, daß die dritte Klasse höchstens mit 12-15 Prozent an der Wahl theilhaftig ist. Auch das ist nur dadurch möglich, daß die gute Hälfte dieser Zahl gewissermaßen mehr unter dem Einfluß der Dienstpflicht als der Wahlpflicht steht, sonst würde es noch kläglicher aussehen. Wer in verschiedenen Landesstellen Wahlen zum Abgeordnetenhaus mitgemacht hat, der kennt das Bild, das sich da bietet. Auf dem Lande sorgen die Großgrundbesitzer dafür, daß die Intellektuellen, Arbeiter, Knechte und Häusler, abhängige Existenzen, die unter des Herrn strengem Auge genau nach Anweisung stimmen müssen, zur Stelle sind; in den städtischen Wahllokale kann sich das Auge überall an den Uniformen der Briefträger, Schutzmänner und Zollbeamten sättigen und alle diese Stützen der Gesellschaft geben durch ihre Abstimmung kund, daß sie den Kandidaten, denen die Regierung sich geneigt zeigt, ihr volles Vertrauen schenken. Daß in Bezirken, in denen die Uniform am stärksten auftritt, bei den Reichstagswahlen die sozialdemokratischen Stimmen die höchste Ziffer erreichen, ist natürlich nur ein Zufall, den die oppositionelle Bosheit zu einer Verdächtigung des Mannesmuths jener Wähler zu benutzen sucht, um zugleich die öffentliche Stimmabgabe, den Probitest des wahren Muthes, zu einem Gewissenszwang zu stampeln. Die gutgesinnte Logik hat stets gegen diese Verdächtigungen gekämpft; sie sagt: Die Wähler, die erscheinen und öffentlich abstimmen, geborchen dem Triebe, der Regierung ihre Anhänglichkeit und ihr Vertrauen zu bezeugen; sie sind zwar nur eine Minderheit, aber befunden nicht die große Mehrheit, die sich der Wahl enthält, gleichfalls, daß sie zufrieden ist? So hat schon zur Konfliktzeit Herr von Bismarck-Schönhausen gerechnet und gegen die Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Mehrheit der Wähler ausgespielt; darauf baute auch sein Vorschlag auf Einführung des gleichen und direkten Wahlrechts, das allerdings durch die öffentliche Stimmabgabe verankert werden sollte. Er hatte die Wahlen in der Konfliktzeit nicht umsonst studirt, denn er dankte diesem Studium die Entdeckung, daß in der dritten Wählerklasse die Regierung stets die besten Erfolge gehabt hatte, die dann freilich durch die Wahlen in den beiden ersten Abtheilungen zu Schanden geworden waren.

Unter der Einwirkung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Steuererhebung und der Verhärtung des sozialen Kampfes beherrscht die Minderheit von 10 bis 12 Prozent der Wähler, die sich in der ersten und zweiten Abtheilung zusammenfindet, noch viel mehr, als früher die Wahlen. Diese Minderheit rührt sich denn auch, ihre Wahlbetheiligung geht bis zu 50 oder gar 60 Prozent, und der eine Wähler, der in etwa 12 Prozenten aller Wahlbezirke allein die erste Klasse ausmacht und ausfüllt, weil es der Steuerzettel so will, pflegt selten zu fehlen. Aber einer Wahlbewegung bedarf es für diese erlebte Schaar nicht; sie hat kein Bedürfnis sich auszusprechen, sie nimmt von den Aufrufen und Programmen der Parteien kaum Notiz, sie verkörpert den Satz, daß man nicht zu diskutiren braucht, wo man befreiten kann. Das einzige Geschäft, das sie zu besorgen hat, ist die Auswahl der Kandidaten für das Abgeordnetenhaus und das ist nicht schwer.

Auf dem Lande wird es meist an der wohlbesetzten Tafel nach einer Sitzung des Kreisraths oder des landwirtschaftlichen Vereins glatt inter pocula erledigt; höchstens landrätliche Eifersüchtelien können da einmal Schwierigkeiten machen. Die Landräthe haben nämlich den Vorzug, sie gelten als die geborenen Vertreter ihrer Kreise und spielen diese Rolle um so besser, je mehr sie sich danach sehnen, das Mandat als Sprungbrett für die höhere Karriere zu benutzen. In Ermangelung von Landräthen stellen sich Großgrundbesitzer gerne den nothleidenden Genossen für die Vertretung der gemeinsamen Interessen zur Verfügung: neuerdings läßt man sich, dem Zuge der Zeit folgend, auch einmal einen Bauer gefallen, durch den man dann die Volksthümlichkeit der agrarischen Bewegung bezeugen läßt. Sind die Kandidaten ernannt, so ist die Sache fertig; die Wahlmänner aus den Gutsbezirken wissen, was sie zu thun haben, und die Dörfler folgen ihnen; um die widerborstigen Elemente aus den kleinen Städten braucht man sich nicht zu kümmern.

In den größeren Stadtbezirken vollzieht das Geschäft sich in einfacher Weise; je geringer die Zahl der Wähler ist, auf die es ankommt, um so kleiner sind die Konventikel, in denen die Wahl gemacht wird. Hier fällt der Schwerpunkt in die politischen Vereine oder richtiger noch in die Vorstände dieser Vereine; da werden die Kandidaten bestimmt und zugleich die Wahlmännerlisten festgestellt; um der Form zu genügen, beruft der Vorstand dann eine Vereinsversammlung ein, die natürlich zu den Vorschlägen ihr Ja und Amen mehr oder minder freudig, aber meist einstimmig beifügt. Die Agitation richtet sich dann auf den einzelnen Mann, auf die zwei bis fünf Wähler erster Klasse und auf die zwanzig bis dreißig zweiter Klasse; wenn es da gelingt, der hat das Wahlspiel gewonnen; die dritte Wählerklasse überläßt man der Disziplin, für die in den Wahlausrufen der gouvemenentalen Partei die Chefs der Post-, Eisenbahn- und Polizeiverwaltung durch ihre Unterschriften eine hinreichende Garantie zu bieten pflegen. Der Ausgang der Wahlen in den Städten hängt hiernach wesentlich von der Organisation der rivalisirenden Parteien ab; der Sieg fällt stets der Seite zu, die sich der besseren Organisation erfreut und auf diese gestützt den Wählern der beiden ersten Abtheilungen zu imponiren weiß. Mittels einer bis ins Kleinste durchgeführten Organisation ist es beispielsweise der Fortschrittspartei in Berlin seit dreißig Jahren stets gelungen, die sämtlichen Mandate der Hauptstadt zu behaupten.

Das ist in großen Umrissen so ungefähr, was man in Preußen unter der Herrschaft des prächtigen Klassenwahlsystems mit öffent-













